

## KONZEPT Alltagsversorgung im ländlichen Raum

Inhalt	Seite
<b>1. Hintergrund</b>	<b>3</b>
<b>2. Akteure</b>	<b>5</b>
<b>3. Situation</b>	<b>7</b>
3.1. Wohnen	7
3.2. Infrastruktur	8
3.3. Gesundheitsversorgung	8
3.4. Ernährungssicherung	9
<b>4. Lösungsansätze</b>	<b>10</b>
4.1. Wohnen	11
4.2. Infrastruktur	12
4.3. Gesundheitsversorgung	13
4.4. Ernährungssicherung	14
<b>5. Bildung und Beratung</b>	<b>15</b>
<b>6. Fazit</b>	<b>17</b>
<b>Quellen</b>	<b>21</b>
<b>Anhang: Begriffsklärung</b>	<b>25</b>

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium  
für Ernährung, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz

## Vorbemerkung

Im von der Landesarbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft Nds. (LAG HW Nds.) 2024 bearbeiteten Projekt „Konzept zur Sicherung der Alltagsversorgung im ländlichen Raum“ sollten Rahmenbedingungen für Maßnahmen zur Bildung und Beratung dargestellt sowie ein Konzept für die Alltagsversorgung im ländlichen Raum erarbeitet werden. Das Konzept soll als Grundlageninformation insbesondere für den interdisziplinären Austausch in Niedersachsen zu diesem Thema dienen.

Aufbauend auf das Projekt 2022/2023 über ambulant hauswirtschaftliche Dienstleistungen (siehe [www.lag-hw-nds.de/projekt-staerkung-der-hauswirtschaft-in-niedersachsen.html](http://www.lag-hw-nds.de/projekt-staerkung-der-hauswirtschaft-in-niedersachsen.html)) hat die LAG HW Nds. ihren Projektantrag bewusst mit dem Begriff „Alltagsversorgung“ gestellt und den Fokus auf private Haushalte gelegt.

Aufgrund der Aktualität des Themas und der Nachfrage aus unterschiedlichen Professionen wird hiermit als Projektergebnis ein Konzept für die Alltagsversorgung im ländlichen Raum für private Haushalte aus hauswirtschaftlicher und hauswirtschaftlicher Sicht vorgelegt.

Der einfacheren Lesbarkeit wegen sind in diesem Konzept die Quellen nicht den einzelnen Passagen zugeordnet, sondern im Quellenverzeichnis aufgeführt. Einschlägige Begriffe im Themenkontext sind im Anhang erläutert.

Die LAG HW Nds. dankt dem Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, insbesondere dem Referat 107, dass sie dieses Projekt finanziell fördern und vielfältig unterstützt? und die LAG HW Nds. dieses entsprechend dem Projektauftrag erarbeitete Konzept in ihren Netzwerken verbreiten darf.

Hannover, März 2025

## 1. Hintergrund

Mit finanzieller Förderung des Nds. Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ML) hat die Landesarbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft Nds. (LAG HW Nds.) 2024 das Projekt „Alltagsversorgung im ländlichen Raum“ bearbeitet. Eine ausführliche Literaturrecherche, ExpertInnen-Interviews, eine Onlinebefragung und Workshops in kleinen Runden zu den Themen „Wohnen“, „Ländliche Infrastruktur“, „Gesundheitsversorgung“ und „Ernährungssicherung“ bieten die Grundlage für das hiermit vorgelegte Konzept. Zudem nahmen Vertreterinnen der LAG HW Nds. an vielen Veranstaltungen im Themenkontext teil und nutzten ihre Netzwerke in- und außerhalb der „eigenen Zunft“ um die Potenziale professioneller hauswirtschaftlicher Fachkräfte und deren Notwendigkeit für die Sicherung der Alltagsversorgung im ländlichen Raum für private Haushalte darzustellen.

Dieses Thema ist einerseits brisant aufgrund der veränderten Situation der privaten Haushalte: demografischer Wandel mit Überalterung und Unterjüngung, Auflösung privater Haushaltsstrukturen sowie Landflucht. Andererseits bietet die Ausdünnung der Bevölkerung marktwirtschaftlichen Anbietern von Gütern kein ausreichendes Einkommen. Arbeitskräfte für die Erbringung ambulanter Dienste fehlen und insbesondere im Gesundheitswesen mangelt es an Fachkräften. Ehrenamtliches Engagement reduziert sich auf immer weniger Menschen, traditionelle Vereine haben Nachwuchsprobleme. Hinzu kommt die notwendige Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Kommunen fokussieren sich auf ihre Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Private Haushalte, im ländlichen Raum häufig im Eigentum lebend und mit Haustieren und Gärten, erleben ihren Alltag ganzheitlich. Politisch, verwaltungs- und angebotsspezifisch aber herrscht Spartendenken vor.

Die Alltagsversorgung im ländlichen Raum funktioniert, wenn die öffentliche Daseinsvorsorge, die marktwirtschaftlichen Angebote von Gütern und Dienstleistungen und die private Daseinsvorsorge miteinander harmonieren und funktionieren. Dies ist häufig nicht mehr gegeben.

Es gilt generell das soziale Miteinander und das Selbstbewusstsein für „unser Dorf“ zu fördern. Um die Alltagsversorgung von Menschen aller Gruppen in ihren Lebenslagen und Lebensphasen zu verbessern sind vor allem im ländlichen Raum Lösungen notwendig, die sich nicht nur auf Menschen mit Hilfe-, Unterstützungs-, oder Pflegebedarf fokussieren, wobei die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage vor allem für diese häufig alleinlebenden Frauen immer größer wird.

Bildung und Beratung zu Alternativen und die Erbringung auch hauswirtschaftlicher Dienstleistungen im Zusammenhang mit medizinischen und gesundheitsfördernden Angebotsstrukturen könnten hier Abhilfe schaffen und werden von allen Institutionen und Personen gefordert, die sich mit der Thematik befassen.

Grund genug, sich mit dieser aktuellen Thematik im Flächenland Niedersachsen aus der Perspektive der privaten Haushalte auseinanderzusetzen.

Es gibt viele Projekte, Beispiele und Akteure verschiedenster Berufsgruppen (z.B. Soziale Arbeit, Gesundheitswesen, Landschaftsentwicklung, Geografie, Ökologie, Ökonomie) mit Fokus auf unterschiedliche Schwerpunkte zur Alltagsversorgung im

ländlichen Raum (z.B. Pflege, Mobilität). Hauswirtschaft als die Profession, die die individuellen Bedürfnisse und objektiven Bedarfe von Menschen in Privathaushalten am besten einschätzen kann, ist in diesem Zusammenhang so gut wie nicht präsent. Hauswirtschaft im Kontext der Alltagsversorgung im ländlichen Raum hat häufig Bezug zu anderen Berufsfeldern, z.B. Pflege, therapeutischen Berufen, Pädagogik, Psychologie, Soziale Arbeit, Landschafts- und Regionalentwicklung. Deshalb werden hier zunächst Begriffe aus der professionellen Hauswirtschaft kurz erläutert.

**Professionelles hauswirtschaftliches Handeln** ist ziel- und ressourcenorientiert und damit per se nachhaltig (ökonomisch, ökologisch, sozial). Berücksichtigt werden individuelle Bedürfnisse und objektive Bedarfe der Zielgruppe und Vorgaben (z.B. Hygiene, Arbeitsschutz).

Aufgaben sind

- Haushaltsorganisation
- Einkaufen bzw. Boten- und Fahrdienste
- Verpflegung (inkl. Vor-, Zu- und Nachbereitung wie z.B. Resteverwertung)
- Lagerhaltung (Food und Non-Food)
- Reinigung und Pflege von Wäsche und Textilien
- Reinigung und Pflege von Räumen, Wohnungsausstattung und -einrichtung
- Gestaltung von Wohnung und Umfeld
- Ggf. Betreuung von Haustieren und Pflanzen

Damit ist die interdisziplinäre Ausrichtung des Berufsfeldes Hauswirtschaft deutlich.

**Hauswirtschaftliche Kompetenz** wird erlangt über

- Prägung/Erfahrung im elterlichen und eigenen Haushalt
- Kindergarten, Kindertagesstätte, Hort, etc.
- Allgemeinbildende Schule: Pflichtfach, Wahlpflichtfach, Wahlfach, Projekt
- Berufsvorbereitungsjahr Berufsschule
- in ähnlichen Berufen (Haus- und Familienpflege, Gastronomie, Pflege...)
- Assistenz-/Helferausbildung (Menschen mit Beeinträchtigung)
- Ausbildung Hauswirtschafter/in (3 Jahre)
- Fortbildung (Hauswirtschaftliche BetriebsleiterIn, DorfhelferIn, MeisterIn).

Zudem besteht eine akademische Qualifikationsmöglichkeit durch ein Studium der Haushalts- und Ernährungswissenschaften o.ä. (Bachelor), eine einschlägige Vertiefung (Master) sowie Promotion und Habilitation.

**Hauswirtschaftliche Tätigkeiten** erfolgen in verschiedenen Settings:

- Privathaushalte: Haus, Wohnung, Zimmer (Miete oder Eigentum)
- Wohngruppen/gemeinschaftliches Wohnen (z.B. therapeutisch, ambulant betreut)
- Stationäre Einrichtungen (unterhalts- oder erwerbswirtschaftlich)
- Institutionen/Betriebe: Management und Verpflegung

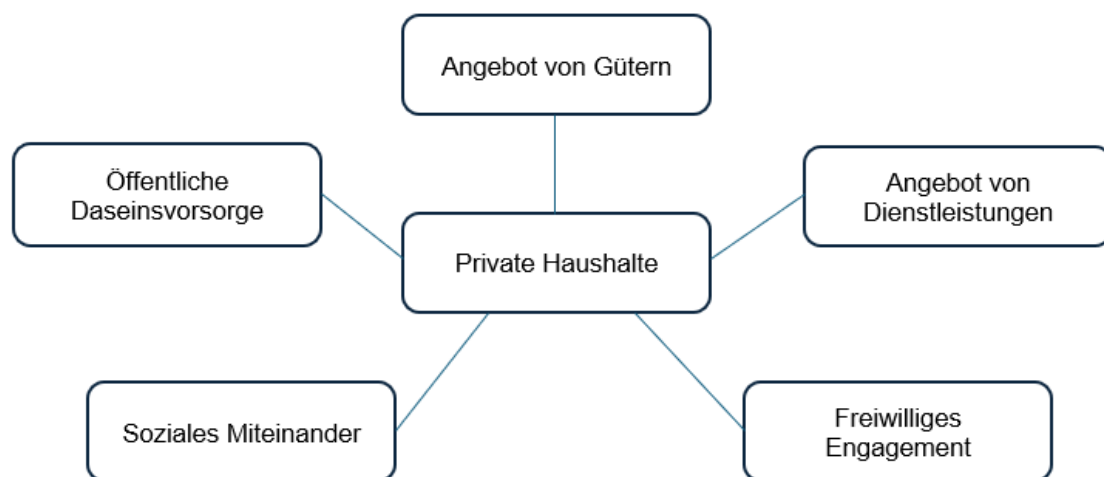
**Hauswirtschaftliche Dienstleistungsangebote** für Versorgung und Betreuung sind sach- oder personenbezogen, in privaten Haushalten erfolgt meist beides. Im Projekt „Alltagsversorgung im ländlichen Raum“ stehen private Haushalte im Mittelpunkt, allerdings gibt es aus den anderen genannten Settings unter Umständen Bezüge, z.B.

Verpflegung in stationären Einrichtungen für externe Gäste oder Lieferung von Schulverpflegung auch für Mittagstische von SeniorInnen.

## 2. Akteure

Eine gesicherte Alltagsversorgung privater Haushalte und Lebensqualität im ländlichen Raum setzt ein funktionierendes Zusammenspiel der beteiligten Akteure voraus: Öffentliche Daseinsvorsorge, marktwirtschaftliche Angebote von Gütern und Dienstleistungen, soziales Miteinander, freiwilliges Engagement und private Daseinsvorsorge der Wohnenden. Dies wiederum setzt voraus, dass alle Beteiligten darüber informiert und Angebote erreichbar sind.

GRAFIK: Alltagsversorgung im ländlichen Raum



Je nach Lage, Größe und Struktur des ländlichen Raumes und der dort lebenden Bevölkerung sind die Akteure vor Ort unterschiedlich gut miteinander vernetzt und unterschiedliche Angebote für private Haushalte vorhanden und notwendig. Kirchen und Wohlfahrtsverbände sowie Vereine sind wichtige Schlüssel zur Kommunikation.

Dienstleistungsangebote für Menschen setzen ein individuelles Miteinander voraus. Telemedizin hat im Gesundheitsbereich teilweise Einzug gehalten, aber z.B. Leistungen von Zahnärzten, Gynäkologen, Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie sind ebenso personenbezogen wie Friseur, Podologie und Kosmetik. Sie setzen also „Dritte Orte“ voraus, will man die Dienstleistenden nicht in die privaten Haushalte bewegen.

Aufgrund des aktuell besonders problematischen Ärztemangels im ländlichen Raum Niedersachsens wurden mit Landesmitteln Regionale Versorgungszentren (RVZ) gefördert, die vor allem die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung abdecken sollen. Es wäre sinnvoll, dass diese Zentren auch als „Dritte Orte“ für Bildung und Beratung sowie weitere Dienstleistungsangebote zur Verfügung stehen.

Hauswirtschaftliche Dienstleistungen sind in der eigenen Häuslichkeit nur unabdingbar notwendig, wenn es um die Wohnungsgestaltung und -reinigung, und die Pflege von Pflanzen und evtl. Tieren geht. Verpflegung (inkl. Vor- und Nachbereitung, also Einkaufen und Lagerung von Lebensmitteln, Entsorgung), Reinigung und Pflege von Wäsche und Textilien sowie Haushaltsmanagement können vergesellschaftlicht werden (stationäre Einrichtung, Wohngruppe) oder gemeinschaftlich an „Dritten Orten“ stattfinden. Dies ist eine aktuell notwendige Diskussion aufgrund des Mangels an ländlicher Infrastruktur (öffentliche Daseinsvorsorge), marktwirtschaftlichen Angeboten, Personal und Finanzen.

Häufig sind Angebote zur Alltagsversorgung außerhalb der eigenen Häuslichkeit nicht vorhanden, privaten Haushalten unbekannt, oder werden abgelehnt und nicht genutzt. Das Beharrungsvermögen von Teilen der Bevölkerung und die eigene Wahrnehmung, das Bewusstsein für individuelle Defizite und die Angst, dies für andere sichtbar zu machen oder die eigene Situation zu ändern, sind Hürden, die durch Information und Beratung sowie durch attraktive Alternativen zu beeinflussen sind. Es kann dazu hilfreich sein, alle Aspekte hauswirtschaftlicher Arbeitsabläufe im privaten Haushalt und den damit verbundenen Arbeitsaufwand und Belastungen sowie mögliche Entlastungspotenziale aufzuzeigen.

Deutlicher werden muss im allgemeinen Bewusstsein darüber hinaus, dass man selbst für seine persönliche Daseinsvorsorge verantwortlich ist. Es ist notwendig, für sich selbst möglichst früh Perspektiven für einen möglichen späteren Hilfe-, Unterstützungs- und Pflegebedarf zu überlegen und sich entsprechend informieren und beraten zu lassen. Das betrifft den Wohnstandort, die Wohnungsausstattung und -einrichtung genauso wie Versorgungs- und Betreuungsstrukturen. Idealerweise sind dies bereits Themen an allgemeinbildenden Schulen und im Beratungszusammenhang.

Marktwirtschaftliche Angebote von Gütern sind im ländlichen Raum dauerhaft oder zeitweise (Verkaufswagen an zentralen Standorten zu festen Zeiten) entweder vor Ort vorhanden (meist, wenn überhaupt, zur Versorgung mit Lebensmitteln), zu bestimmten Zeiten in einem nächsten größeren Ort (wenn erreichbar) oder über Internet verfügbar (wenn Internet vor Ort für Bestellungen und entsprechende Kompetenz der Nutzer vorhanden sind).

Das soziale Miteinander und das freiwillige Engagement hängen von der Bevölkerungszahl und -struktur und dem Charakter eines ländlichen Raumes ab (z.B. Entfernungen innerhalb eines Ortes, „Schlafstadt“, traditionelle Bewohnerschaft und Neuhinzugezogene). Neutrale „Dritte Orte“ können aber grundsätzlich Zusammenkünfte und eine Orts-Identifikation der Bevölkerung unterstützen.

Die öffentliche Daseinsvorsorge als Pflichtaufgabe der Kommunen erfordert aktuell häufig deren gesamtes Haushaltsvolumen. Insofern bestehen häufig Vorbehalte gegen Veränderungen. Allerdings kosten Denken, Gespräche und Vernetzen nichts und zielgerichtete Kommunikation bringt häufig ein besseres und gegenseitiges Verständnis und Synergien mit sich.

Es ist notwendig, dass Kommunen oder kommunale Verbände angesichts der Bevölkerungsveränderungen Bedarfsprofile und Konzepte für die Alltagsversorgung all ihrer Bevölkerungsgruppen erstellen. Vor Ort sind die Voraussetzungen und Bedarfe bekannt und dort können die Akteure sinnvoll miteinander vernetzt werden. Für ein Konzept zur Alltagsversorgung und die Entwicklung in ländlichen Räumen ist es notwendig, dass vor Ort die Akteure, deren Potenzial und deren Zusammenspiel bekannt sind und möglichst viele Gruppierungen bereits ab Beginn eines Veränderungsprozesses einbezogen sind. Das hier vorgelegte Konzept zur Alltagsversorgung im ländlichen Raum kann deshalb keine Blaupause sein, sondern nur Anregungen bieten.

### **3. Situation**

Zur Erfassung der Rahmenbedingungen zur Alltagsversorgung im ländlichen Raum führte die LAG HW Nds. 2024 neben ExpertInnen-Interviews auch eine Onlinebefragung durch. Zu den sich daraus ergebenden Themenfeldern „Wohnen“, „Ländliche Infrastruktur“, „Gesundheitsversorgung“ und „Ernährungssicherung“ wurden interdisziplinäre Experten-Workshops in kleinen Runden durchgeführt. Diese Themenfelder decken sich weitestgehend mit den Handlungsfeldern, die in der Literatur als Schlüsselthemen zur Alltagsversorgung im ländlichen Raum beschrieben werden.

Nachfolgend sind die Ergebnisse der empirischen Arbeit der LAG HW Nds. zur Situationsbeurteilung im Kontext der Alltagsversorgung im ländlichen Raum stichwortartig zusammengefasst, die sich für die jeweiligen Kommunen unterschiedlich darstellen. Die Reihenfolge von Themen und Stichworten stellt keine Wertung dar.

#### **3.1. Wohnen**

- Wohnen im ländlichen Raum ist eine heterogene Situation.
- Es gibt zum einen viele gut funktionierende Hilfen über Familienangehörige und/oder Nachbarn oder von anderen Menschen, andererseits Einsamkeit und keine oder nur wenig Unterstützung.
- Die Voraussetzungen der Infrastruktur (Mobilität, Angebote zur Alltagsversorgung, soziales Miteinander) sind im ländlichen Raum sehr unterschiedlich.
- Sichtbar ist, was funktioniert. Individuelle Probleme werden oft nicht oder zu spät erkannt und dann verschämt verschwiegen (Tabuthema: Hilfebedarf).
- Oft fehlen Wissen und finanzielle Mittel, um unterstützende Dienstleistungen nutzen zu können.
- Es gibt zu wenig Anlaufstellen und Informationsangebote oder sie sind unbekannt.
- Abrechnungsmöglichkeiten über Pflegekassen sind ungenügend.
- Ein hoher Anteil der Eigentumsbesitzer möchte die eigene Häuslichkeit nicht verlassen („Nur mit den Füßen voran.“). Eigene Probleme werden nicht gesehen, Eigentümer warten oft sehr (zu) lange, bis ein Umzug in eine stationäre Pflegeeinrichtung erfolgen muss. Diese Einstellung ändert sich wahrscheinlich teilweise mit der Babyboomer-Generation.

- Viele alte Personen leben allein, familiäre und häusliche Strukturen sind aufgelöst.
- Wohnungen im ländlichen Raum sind oft größer als im städtischen Bereich – Herausforderung für Lüften und Reinigen, da häufig nur 1- oder 2-Personen-Haushalte und ältere Menschen.
- Wohnungsreinigung, Gartenpflege und Fensterreinigung werden oft von älteren Menschen benötigt und – oft vergeblich – nachgefragt.
- Es sind zu wenig Beratungsstellen/ -angebote vor Ort verfügbar. Es fehlen Informationen über alternative Wohn- oder Umbau-/Umnutzungsmöglichkeiten.
- Betreutes Wohnen bietet nur sehr begrenzte Möglichkeiten für Menschen mit Demenz oder bei intensivem Pflegebedarf.
- Der Schritt vom Einfamilienhaus zu einer gemeinschaftlichen Wohnform ist oft zu groß. Das Kümern um die eigenen Probleme kostet viel Energie und ist gepaart mit fehlenden konkreten Informationen zu Alternativen und möglicher Unterstützung, z.B. für einen Umzug.

### **3.2. Infrastruktur**

- Das ÖPNV-Angebot ist oft sehr dünn und oft beschränkt auf Schultage.
- Barrierefreie Wegstrecken sind oft nicht gegeben (Problem für ältere Menschen und Eltern mit Kindern).
- Überwiegend Nutzung des eigenen PKW, obwohl eine Fahrtauglichkeit im hohen Alter unter Umständen nicht mehr gegeben ist. Verlässlichkeit des eigenen PKW hat oberste Priorität, sofern familiäre Unterstützung für notwendige Fahrten fehlt.
- Problem bei Angebot von Rufbussen: Buchung ist oft nur digital möglich. Für viele ältere Menschen ist es schwierig oder mangels Internet nicht möglich.
- Bürgerbusse werden wegen „alter Gewohnheiten“ und aus Scham oft nicht genutzt.
- Erfahrungsgemäß ist die Versorgung eher in einem größeren (Nachbar)ort gegeben, so dass eine PKW-Abhängigkeit besteht.
- Das Einkaufsverhalten ist sehr unterschiedlich und die Diversität ist sehr hoch (Zeiten, Häufigkeit, Lieferung-Einkaufserlebnis).
- Die finanziellen Möglichkeiten sind oft eingeschränkt, deshalb sind Haushalte angewiesen auf verschiedene (günstige) Anbieter. Auch wenn Vergleichsmöglichkeiten von günstigen Angeboten durch Prospekte/ Zeitungsanzeigen, etc. vorhanden sind, können sie nur bei funktionierender Mobilität genutzt werden.
- Ein sozialer Treffpunkt und Einkaufserlebnisse sind besonders für alleinlebende Ältere sehr wichtig.

### **3.3. Gesundheitsversorgung**

- Durch eine gute Primärversorgung ergibt sich perspektivisch eine große Geldersparnis für Kassen und Kommunen (ambulant vor stationär).
- Vor allem ältere Menschen wohnen im Eigentum und erwarten individuelle und umfassende ambulante Versorgung. Dies ist weder personell noch finanziell leistbar.
- Im Zusammenhang mit Gesundheitssicherung sind hauswirtschaftliche Aspekte relevant, z.B. Ernährungssicherung, häusliche Hygiene.

- Es gibt Fachkräftemangel im ambulanten und stationären Bereich in Gesundheitsberufen, auch in der Hauswirtschaft.
- Ärzte, die Hausbesuche anbieten, fallen künftig mehr und mehr weg, da oft von älteren Ärzten angeboten, die in den Ruhestand gehen. Jüngere Ärzte bieten meist keine Hausbesuche mehr an, da nicht rentabel und sehr zeitaufwendig. Zudem gibt es oft Anmeldestopps und nur begrenzte Sprechstunden (z.B. 2x pro Woche).
- Nicht in jedem Dorf kann eine ärztliche oder therapeutische Praxis wirtschaftlich betrieben werden.
- Es gibt zu wenig Wissen über Vorhandensein von Angeboten, z.B. von Nachbarschafts(hilfe)vereinen.

#### Ambulant hauswirtschaftliche Dienstleistungen für Pflegebedürftige

- Hauswirtschaftliche Fachkräfte in Pflegediensten sind derzeit nicht refinanziert, trotz des Wissens über die Wichtigkeit der vor- und co-pflegerischen hauswirtschaftlichen Arbeit.
- Lohnerhöhungen und Inflation bedeuten, dass für den Entlastungsbetrag künftig noch weniger Stunden für Haushalte zur Verfügung stehen.
- Personal für hauswirtschaftliche Angebote ist wegen der geringen Entlohnung kaum zu bekommen, es gibt fast durchweg ungelernete Kräfte oder Schwarzarbeit.
- Die Fahrtkosten für Dienstleistungsanbieter im ländlichen Raum sind hoch – werden an Kunden weitergegeben und meist nicht refinanziert.
- Kranken- und Pflegekassen haben regional stark unterschiedliche Abrechnungssätze. Es gibt keine Transparenz für Verbraucher, Problem v.a. in Grenzgebieten.
- Abrechnung von z.B. Gartenarbeiten durch Dienstleistungsanbieter geht in Niedersachsen nur über privat bezahlte Rechnung, anders als in anderen Bundesländern.
- Der Entlastungsbetrag wird in Nds. kaum genutzt (besonders bei Pflegegrad 1), da die Arbeiten, die gebraucht würden (z.B. Gartenarbeit) oft nicht abrechenbar sind.
- Im bundesweiten Vergleich gelten in Nds. engste Voraussetzungen zur Anerkennung von „Nachbarschaftshelfern/AZUA-Helfern“. Folge: Der Entlastungsbetrag wird nicht abgerufen und häuft sich an.
- Keine Transparenz für Patienten und Angehörige mit einem Abtretungsvertrag mit einem anerkannten Pflegedienst, da dieser direkt mit der Kasse abrechnet.

#### **3.4. Ernährungssicherung**

- Dimensionen der Ernährungsarmut: soziale, physiologische, kulturelle und emotionale Ebene. Bezogen auf die Frage der Ernährungsarmut ist ergänzend der monetäre Aspekt wichtig.
- Mangelernährung wird besonders bei älteren Menschen festgestellt, die von Zuhause in eine stationäre Pflegeeinrichtung wechseln (z.B. Schluckstörungen, emotionale Ursachen). Problem meist bei alleinstehenden Personen.
- Oft besteht eine Kombination von physiologischen Einschränkungen bei SeniorInnen (Hör-, Seh-, Bewegungsfähigkeit) sowie psychischen oder kognitiven Veränderungen.
- Kochen für eine Person ist schwierig.

- Häufig fehlen Informationen zu Unterstützungsangeboten für eine gesunde Ernährung vor allem bei SeniorInnen.
- Oftmals bestehen Hemmungen bei Betroffenen, Angebote anzunehmen (fehlender Mut, fehlende Mobilität, finanzielle Situation, neue Geschmackserlebnisse).
- Mittagstischangebote decken ernährungsphysiologischen Bedarf und psychosoziale Bedürfnisse ab.
- Mahlzeitenangebot oder Lieferservice (Essen auf Rädern): Angebote werden aufgrund der steigenden Lohn- und Energiekosten immer teurer und somit nicht mehr finanzierbar für viele NutzerInnen.

#### 4. Lösungsansätze

Im Rahmen des Projekts „Konzept zur Sicherung der Alltagsversorgung im ländlichen Raum“ der LAG HW Nds. wurden ExpertInnen mit unterschiedlichem Berufs- und Erfahrungshintergrund auch nach möglichen Lösungen zu den Themenfeldern „Wohnen“, „Ländliche Infrastruktur“, „Gesundheitsversorgung“ und „Ernährungssicherung“ gefragt. Nachfolgend sind die Ergebnisse stichwortartig zusammengefasst, die sich für die jeweiligen Kommunen unterschiedlich darstellen.

Generell gilt: Für gelingende Projekte braucht es engagierte Menschen (Zugpferde), Kommunen müssen dafür Bewohner einbinden und unterstützen und mögliche Akteure identifizieren (z.B. Kirchen, Rotes Kreuz, Vereine, ebenso wie private Anbieter).

Was in einem Ort funktioniert, funktioniert nicht automatisch in anderen Orten. Zudem muss immer die kommunenspezifische/quartierspezifische Situation vor Ort in Augenschein genommen werden und es ist notwendig, darauf Maßnahmen speziell auszurichten. Jede Kommune muss also überlegen, was für sie sinnvoll und umsetzbar ist. Wichtig ist ein gemeinsames Verständnis der Akteure, dass Alltagsversorgung nicht von einem Tag auf den anderen gelöst werden kann, sondern ein Prozess ist, der Kommunikation und Vertrauen der Beteiligten zueinander erfordert. Deshalb sollte ein Projekt „Wir kümmern uns um Alltagsversorgung“ von vorneherein möglichst breit kommuniziert und möglichst viele verschiedene Akteure auf lokaler/regionaler Ebene einbezogen werden. Dies bedeutet einen persönlichen Aufwand seitens der Kommune und aller Beteiligten. Aber das Argument klammer Kassen kann nicht dafür gelten, dass solche Gedankenansätze für ein lokales/regionales Netzwerk zur Alltagsversorgung nicht mit den Akteuren vor Ort besprochen werden.

Klar sein muss auch, dass sich die Verhältnisse vor Ort ändern und deshalb Bestandsaufnahmen immer nur eine zeitlich begrenzte Gültigkeit aufweisen. Auch dies ist ein Argument dafür, dass Konzepte zur Alltagsversorgung als laufender Prozess zu betrachten sind und vielleicht mit Projektmitteln finanziell zeitlich befristet gefördert werden können, aber langfristig verankert werden müssen. Dem Aufwand steht gegenüber, dass viel zu wenig bedacht wird, dass ein möglichst langer Verbleib von Bewohnern in der eigenen Häuslichkeit Steuern vor Ort einbringt und ggf. eine Heimunterbringung und damit ein hoher finanzieller Aufwand für die Kommunen zeitlich

verschoben oder gar vermieden werden kann und außerdem zur Zufriedenheit der Wohnenden beiträgt besonders dann, wenn sie schon lange ortsverbunden sind.

Wohnalternativen anzubieten ist – angesichts des hohen Anteils an selbst bewohntem Wohneigentum – nur dann sinnvoll, wenn gleichzeitig die Zukunft des bisherigen Wohnraums geklärt und ggf. eine Umzugshilfe gegeben ist.

Eine funktionierende Alltagsversorgung erfordert nicht nur eine Vernetzung der Akteure und Themen vor Ort, sondern sollte das Umfeld (Umlandgemeinden, Region) sowie vorhandene kommunale Daten (z.B. Pflege-, Klimaschutz-, Hitzeschutzbericht...) einbeziehen. Es ist sinnvoll, seitens der Kommune einen Überblick über vorhandene im Themenkontext relevante Daten („eh da“, d.h. ohnehin vorhanden und nutzbar) zu erstellen als Basis für ein Konzept und die Sicherung der Alltagsversorgung als Prozess zu betrachten. Es wäre sinnvoll überall ein kommunales, interdisziplinär ausgerichtetes, verlässliches Alltagsversorgungs-Case-Management zu etablieren. Ziel sollte es sein, dass eine Zusammenarbeit aller Beteiligten als sinnvoll erachtet wird und das gemeinsame Tun auch Spaß macht. Soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit als gemeinsames Ziel kann hierfür ein sinnvolles Bindeglied sein. Konkrete mögliche Lösungsansätze für die kommunale Ebene finden sich nachfolgend. Die Reihenfolge der einzelnen Punkte stellt keine Wertung dar.

#### **4.1. Wohnen**

- Es braucht viel Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Informationsstand auf Wochenmarkt oder bei öffentlichen Feiern und/oder in Vereinen) um Menschen auf ihre möglichen Probleme aufmerksam zu machen und Hilfsmöglichkeiten anzubieten.
- Wohnen im Zusammenhang mit Alltagsversorgung zu einem kommunalen Thema machen. Z.B. Veranstaltungen mit Informationen zu Anlaufstellen, zu Wohnalternativen (z.B. barrierefreie Umgestaltung, Wohngruppen) und Unterstützungsmöglichkeiten.
- Information zum Bereich "Neue Wohnformen und Nachbarschaften" im Nds. Büro Neues Wohnen im Alter / FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V., Bundesvereinigung. Ziel: Sprechstunden bzw. lokale Beratungsstellen zu gemeinschaftlichem Wohnen in Nds..
- Umnutzung Wohnraum: z.B. große Wohneinheiten/ Häuser umbauen zu gemeinschaftlichem Wohnen: Informationsmaterial zum Umbau und zur Umnutzung von Einfamilienhäusern – Schwerpunkt gemeinschaftliches Wohnen.
- Wohngruppen müssten politisch und finanziell gefördert werden.
- Förderprogramme fehlen zur Übergabe von Eigentum. Ältere an junge Familien mit Umzugshilfe für die Älteren – evtl. Wohnungswirtschaft einbinden.
- Neue Formen betreuten Wohnens schaffen (Ortsbezug, soziales Umfeld), aber betreutes Wohnen müsste als Begriff eindeutiger bekannt gemacht werden, da dies in der bisherigen Form für Menschen mit Demenz ungeeignet ist.
- Senioren- und Pflegestützpunkte Niedersachsen (SPN) als bestehende Beratungsstrukturen auch für die hauswirtschaftlichen Themen qualifizieren (soweit notwendig), mit den notwendigen Ressourcen ausstatten und bekannter machen und mit anderen „Kümmerern“ regional vernetzen.

- Wohnberatung ist oft bei den SPNs, aber auch bei anderen Trägern angekoppelt. Bestehende Strukturen nutzen: Wohnberatung koppeln mit Pflegeberatung und zu beiden Themen Sprechstunden vor Ort anbieten.
- Lokale Wohnberatung (hauptsächlich ehrenamtlich) in Niedersachsen: Erweiterung der Inhalte der ehrenamtlichen Wohnberatung um Beratung zur Pflege.
- Unbürokratische finanzielle Unterstützung für Quartiersprojekte, z.B. Straßengemeinschaften, die sich umeinander kümmern.
- Aktive Einbindung von Ehrenamt (z.B. Wohnberatung, Vereine...), Kommunen sollten mehr Vertrauen in die Bürger- bzw. Zivilgesellschaft haben.
- Bürgerschaftliches Engagement muss gefördert und Nachfolgen abgesichert werden, ggf. kommunale Aufsicht/ Organisation.
- Push-Strategien in kommunaler Verantwortung (z.B. Präventive Hausbesuche) fördern.
- Es braucht eine zentrale Stelle mit mobiler Person vor Ort, die multiinformell Problemlagen erkennen und helfen kann und deren Kontaktdaten bekannt sind.
- Hauswirtschaftliche Fachkräfte als Beratungskräfte sind sinnvoll vor Ort als Kümmerer, weil sie die Bedarfe und Bedürfnisse der Haushalte einschätzen können (vergleichbar „Gemeindeschwester plus“ in Rheinland-Pfalz, „Gemeindepflegerin“ in Hessen).
- Abstimmung von marktwirtschaftlichen Angeboten untereinander zur Unterstützung im häuslichen Bereich (Gärtner, Fensterreiniger, Hauswirtschaft, therapeutische Angebote, Pflege).
- Internetplattform in Niedersachsen, auf der alle lokalen Beratungsstellen mit Ansprechpartnern nebst Kontaktdaten abrufbar sind.

#### **4.2. Infrastruktur**

- Tragfähige, langfristige strukturelle, niedrigschwellige Unterstützung durch Kommunen für Ehrenamtliche, z.B. Schaffung von Seniorenbeirat.
- Sensibilisierung, Fortbildung und Förderung für Vertretungen von Kommunen zur Etablierung einer geplanten, strukturell abgesicherten Altenhilfe vor Ort (vergleichbar Pflegeplanung) – z.B. über Angebote des Landkreistages.
- Bestellservice sollte mehr in Anspruch genommen werden. Dafür ist Digitalisierung wichtig. Schulung älterer Menschen im Umgang mit Digitalisierung (Einkaufsservice, Telemedizin, etc.). Wichtig ist hierbei auch auf die Nachhaltigkeit zu achten (z.B. Vermeidung von Einzelbestellungen und Retouren).
- Es gibt viele gute Projekte, aber nur dort funktionieren Projekte, wo Angebote zur individuellen Daseinsvorsorge angeboten und angenommen werden. Dafür braucht es Sensibilisierung, Öffentlichkeitsarbeit, kommunale Einbindung, lokale „Zugpferde“ und gute Vorbilder/ Vorreiter.
- Initiativen müssen in das soziale Gefüge vor Ort integriert sein. Initiative muss auch von BürgerInnen kommen, die Interesse daran haben und sich selbst engagieren. Begleitung und Förderung von Gruppen, z.B. Genossenschaften unter kommunaler Führung/Leitung.

- Verbünde von Anbietern, z.B. Lebensmitteleinzelhandel und Drogeriemärkte, mit Lieferservice von vorher online bestellten Waren.
- Umnutzung von Leerständen, z.B. Co-Working-Spaces, gerade im Zeitalter von Digitalisierung/ Homeoffice mit Treffpunktcharakter oder als Treffpunkt für BewohnerInnen, z.B. durch Mittagstisch.
- Mobile Einkaufsgeschäfte für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen (auch wichtig für Kontaktpflege). Eine Leitstelle mit zentraler Telefonnummer für Fragen zur Alltagsversorgung, die wechselnd besetzt werden könnte von den beteiligten Akteuren, wäre hilfreich.
- Eine nichtkommerzielle Vermittlung von verfügbaren Diensten (z.B. Internetplattform für Nachbarschaftshilfe) sollte eingerichtet werden („Kummernummer Alltag“).

### Mobilität

- Umdenken ist wichtig. Es braucht gute Vorreiter, die das Busfahren auf dem Land attraktiver machen – Konzept für Kleinbusse, barrierefreie Busse und Bus-Zugänge (Wege, Haltestellen, Ein-/Ausstieg).
- Verdichtung des Bus-Netzes – Bedarfsoptionen abfragen und einbeziehen.
- Witterungsgeschützte Haltestellen mit Meldeoptionen für Mitnahmewünsche, auch privat (z.B. „Bus-Warte-Bank“, wo Wartende auch privat mitgenommen werden).
- Organisierte Nachbarschaftshilfe mit Bürgerbus.
- Fahrdienste wie z.B. Rufbusse oder autonom fahrende Shuttles mithilfe einer Push-Strategie bekannt und attraktiv machen sowie die Buchung solcher Fahrdienste „seniorentauglicher“ machen (z.B. Buchung telefonisch, gemeindeeigenes Vereinsmobil).
- Je älter, umso mehr Nutzung des eigenen PWKs – entsprechend großzügige, „einfache“ Parkplätze nötig.
- Ruf-Taxis mit niedrighwelligen Buchungsoptionen.
- Beibehalten des Deutschlandtickets der Deutschen Bahn für finanziell schwache BürgerInnen in Kommunen mit guter ÖPNV-Anbindung.
- Kombinierte Dienste (z.B. Post, Apotheke, Güter- und Personentransport in begrenzter Region), Lösung z.B. über Vereinsmitgliedschaft oder Genossenschaft.

### **4.3. Gesundheitsversorgung**

- Community-Health: eine Person an der Basis, die vor Ort bekannt, ansprechbar und gut informiert ist.
- Kooperationsverbund von freiwillig Engagierten, Vereinen (z.B. LandFrauen) und marktwirtschaftlichen Angeboten (privat, Kassen) z.B. aus dem Gesundheitswesen und der Wohnungswirtschaft.
- Pflege auf ein Quartier ausrichten und konzentrieren, kurze Wege sparen Zeit und Kosten (z.B. E-Bikes für ambulante Versorgung).
- Dorfpflegefachkraft für einen Ort/ ein Quartier (gemeinschaftliches Beschäftigungsverhältnis).
- Präventive Hausbesuche z.B. an Personen ab einem bestimmten Alter.

- Hybride Hausarztpraxen mit Arzt-AssistentInnen – aber bei digitalen Konzepten ist die Kompetenzstärkung der NutzerInnen essenziell.
- Verbesserung der sektorübergreifenden Zusammenarbeit im Sinne eines ganzheitlichen Managements zur Alltagsversorgung vor Ort (Medizin, Pflege, Reha, Hauswirtschaft).
- Für vor allem alleinstehende ältere Menschen könnte eine digitale Unterstützung (Bestellmöglichkeiten, Bild-Telefon, Tablet, Erinnerungsfunktionen) sinnvoll sein.
- Präventionsangebote gegen Pflegebedarf schaffen – Hauswirtschaft als vor- und co-pflegerische Dienstleistung ist wichtig.
- Nutzung leerstehender Räume als Multifunktionszentrum mit Küche (Beratungsraum und Behandlungs-/Untersuchungsraum mit Multifunktionsstuhl für ÄrztInnen, Fußpflege, FriseurInnen, Gymnastik, etc.) sowie größerer unterschiedlich nutzbarer Raum für Mittagstisch, Spielgemeinschaften, etc..
- Ambulant betreute Wohngemeinschaften an attraktiven Standorten.
- Virtueller betreutes Wohnen (besonders bei Demenzerkrankten), wenn betreutes Wohnen zu teuer ist: virtuell zugeschaltetes Pflegepersonal kann oft ausreichen, hauswirtschaftliche Versorgung zusätzlich vor Ort organisieren.
- Aufwertung/Weiterentwicklung stationärer Pflegeeinrichtungen zu kleineren Einheiten (geringerer Pflegepersonalbedarf bei Bündelung an einem Ort)/ Aufwertung stationärer Pflegeeinrichtungen durch Öffnung für andere (Berufs)gruppen (effektiverer Personaleinsatz, weniger Pflegepersonal an zentriertem Ort).
- Bessere Kooperationen von stationären Einrichtungen und ambulanten Diensten.

#### **4.4. Ernährungssicherung**

- Food-Trucks: Fahrbare Einkaufsläden und Mahlzeitenangebote an zentralen Orten.
- Lieferung von vorbereiteten Mahlzeiten für eine Woche, die zu Hause täglich regeneriert/ erwärmt werden können. Das kann funktionieren, aber damit erfolgt weder ein soziales Miteinander noch eine Kontrolle der ernährungsphysiologischen Versorgung.
- Statt der Lieferung von warmen Mahlzeiten nach Hause die Nutzer an einen zentralen Ort im Quartier transportieren zu einem „Mittagstisch“. Nebeneffekt: Soziale Kontakte.
- Nachbarschaftstische anstoßen (private Personen laden Nachbarn ein) – Bürgermeister/Ortsvorsteher/Vereinsvorsitzende zum Auftakt.
- Installieren von örtlichen/regional kleinteiligen Seniorenbeiräten – gemeinsame Ess-Veranstaltungen organisieren (Feste, besondere Anlässe, Feiertage, etc.).
- Öffnung von Kita- und Schulmittagsverpflegungsangeboten für BewohnerInnen eines Dorfs/Quartiers.

Generell wurde aus allen Bereichen gefordert, Öffentlichkeitsarbeit für private Haushalte zu stärken und eine „Dienstleistungszentrale“ mit Information, Beratung, Betreuung und ggf. direkten Angeboten an einem neutralen Ort zu etablieren. Digitale Lösungen sind hierfür aktuell mitzudenken. Konkret könnte dies z.B. über eine Ausweitung

der bestehenden und geplanten RVZ geschehen: Multifunktionsstühle im Behandlungsbereich, zeitlich geplante unterschiedliche Nutzung von Beratungsräumen, Etablierung eines Mobilitätsverbundes, Betrieb eines sogenannten Wasch-Cafés (Wäsche waschen, trocknen, bügeln mit Aufenthalts- und Verpflegungsmöglichkeit) sowie ein PC-Raum mit Experten-Sprechstunden sind perspektivische Ideen für die Umsetzung von Konzepten zur Alltagsversorgung im ländlichen Raum aus hauswirtschaftlicher Perspektive.

## 5. Bildung und Beratung

Das Sprichwort „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“ gilt in besonderem Maße für alles, was zu einer lebenslangen Gestaltung der eigenen Alltagsversorgung gehört. Sich auf die Zukunft vorzubereiten, offen zu sein für Alternativen von Wohnen und Versorgung sind wichtig. Hauswirtschaftliche Verbände fordern seit langem, dass ein Fach, wie auch immer es genannt wird, an allgemeinbildenden Schulen wieder eingeführt wird, oder dort zumindest ein Curriculum verbindlich festlegt wird mit dem Inhalt Alltagsversorgung und Alltagskompetenz.

Neben schulischer Bildung sind informelle Bildung und niedrigschwellige Erwachsenenbildung insbesondere zum Thema Alltagsversorgung wichtig. Beispielsweise können hier in Kombination mit dem Erwerb von Sprachkenntnissen auch Menschen mit Migrationshintergrund eingebunden und Rahmenbedingungen für das Leben vor Ort vermittelt werden. Zudem dienen Bildungsangebote für Gruppen vor Ort der persönlichen Vernetzung und dem sozialen Miteinander, insbesondere, wenn damit Dienstleistungen (z.B. Verpflegung) kombiniert werden.

Alle in die Fallstudie der LAG HW Nds. einbezogenen Personen haben die Notwendigkeit und die Chancen einer umfassenden, zugehenden, niedrighschwelligen Beratung betont und darauf hingewiesen, dass die Angebote und Zugänge hierzu im ländlichen Raum ungenügend sind.

Beratung erfordert Planung, Ort, Zeit und Beteiligte und bezieht sich auf konkrete Inhalte oder Fragestellungen. Beratung kann (präventiv) notwendige Veränderungen erkennen und damit zu einer Problemvermeidung beitragen oder helfen, Probleme zu lösen. Beratung kann über digitale Formate erfolgen, sofern auf Seiten der Ratsuchenden und der Ratgebenden entsprechende Rahmenbedingungen und Akzeptanz vorhanden sind.

Auch Kommunen selbst können sich beraten lassen, wie sie am besten ihren Prozess für eine Konzepterstellung zur Alltagsversorgung in ihrem Bereich organisieren, und externe Expertise anfordern, damit möglichst neutral Fragen geklärt und Anregungen aus anderen Beispielen einfließen können. Förderprogramme in Niedersachsen können hierfür finanziell unterstützen. Je nach Themenschwerpunkt können Förderprogramme z.B. aus den Bereichen Umwelt, soziales Miteinander, Infrastrukturverbesserung, Regional-/Stadtentwicklung daraufhin abgefragt werden. Das Internet bietet

vielfältige Informationen, die einschlägigen Ministerien bzw. die nachgeordneten Stellen beraten hierzu.

Wichtig für die Planung von Beratungsangeboten für private Haushalte vor Ort ist eine Bedarfserfassung und für Haushalte niedrigschwellig verfügbare Übersichten, wann für welche Themen beratend zur Verfügung steht. Dies kann ortsbezogene Informationen ergänzen, z.B. über Öffnungszeiten kommunaler Vertretung, Auto- und Fahrradwerkstätten, Busfahrpläne, gastronomische Angebote, Wäschereien und Reinigungen....

Beratungstermine an „Dritten Orten“ könnten auch von den Kommunen selbst oder von ihnen benannten ExpertInnen wahrgenommen werden, z.B. um die Bevölkerung zu informieren über Maßnahmen zu Umwelt-, Klima- und Hitzeschutz.

Für beteiligte Akteure bietet ein kommunal/regional abgestimmter Zeitplan an einem „Dritten Ort“ mit regelmäßigen Sprechstunden und Beratungsangeboten von Anbietern zu verschiedenen Themen (z.B. Ernährung, Gesundheit, Pflege) eine gute Ausgangsbasis für ein Konzept zur Alltagsversorgung im ländlichen Raum. Möglich wären „Beratungswochen“ mit Schwerpunktthemen. Auch Banken, Sparkassen, Versicherungen oder Wohnungswirtschaft könnten hier eingebunden werden. Sinnvoll ist nachzufragen, ob entsprechende Angebote auch in nahegelegenen stationären Einrichtungen stattfinden und sich damit zu vernetzen. All dies belastet die knappen kommunalen Haushalte kaum, es bedarf vielmehr eines Anstoßes, Absprache mit den Beratungsleistenden (Raummiete? Zuschuss für Verpflegung?) und ggf. die Einbeziehung ehrenamtlichen Engagements.

Notwendig für die Akzeptanz von Beratungsangeboten sind hierfür im Vorfeld umfassende Öffentlichkeitsarbeit, Informationen (Materialien) und am besten von der Kommune offiziell per Einwurf oder Post übermittelte Zeitpläne für Beratungsangebote, ggf. mit Angeboten zu Unterstützungsmaßnahmen für die Mobilität. Aktive Verbände/Organisationen vor Ort sollten in eine entsprechende Maßnahme einbezogen werden. Gesteigert würde die Annahme solcher Angebote durch ergänzende Maßnahmen wie Treffen bei Speis und Trank, auch um deutlich zu machen, dass Ratsuchende mit ihren Problemen nicht allein sind und man sich darüber in lockerem Rahmen gut austauschen kann.

Beratungsangebote können in unterschiedlichen Formaten angeboten werden: individuell persönlich (z.B. Finanzberatung) oder für Gruppen (z.B. Vorträge, Diskussionsrunden) oder digital z.B. über Ortsfernsehen durch einen Film. Besonders für ehrenamtliche/bürgerschaftliche Hilfen ist eine niedrigschwellige Bürokratie und/oder kommunale Unterstützung für die Organisation von Beratungsangeboten wichtig. Beratungsangebote können von Akteuren aus dem örtlichen Umfeld, aber auch von externen Personen/Institutionen erfolgen. Zielgruppen für Bildung und Beratung zum Thema Alltagsversorgung sind alle Bewohner. Versorgungsmodelle dienen jungen Familien genauso wie Älteren.

Inhaltlich wurde in den von der LAG HW Nds. durchgeführten Workshops im Projektzusammenhang Beratungsbedarf angegeben zu folgenden Themen.

Nachfolgende Beispiele dienen als Anregung.

- Aufklärungsarbeit zum Thema „Älter werden – was passiert dann?“
- Unterstützungsmöglichkeit für das Wohnen, vor allem im Alter, bei Hilfe-, Unterstützungs- und Pflegebedarf
- Wohnformen: Betreutes Wohnen, Wohngruppen, Wohngemeinschaften, stationäre Einrichtungen
- Organisation eines Dorfladens (mit Parkplatz) als Anlaufstelle und Informationsort
- Organisation eines Mittagstisches (Ort, der Vertrauen schafft, Informationspool, Kontaktort)
- Gesunde Ernährung für alle Altersgruppen
- Gesunde Ernährung mit wenig Geld
- Gesunderhaltung – aber wie – ggf. Hinweis auf Gruppenangebote zum Sport
- Pflegeangebote und Kosten

## 6. Fazit

Aus der Fallstudie der Landesarbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft Niedersachsen mit Experteninterviews (offene Fragen) und strukturierten Workshops mit den Themenschwerpunkten „Wohnen“, „Infrastruktur“, „Gesundheitsversorgung“ und „Ernährungssicherung“ sowie einer Onlinebefragung ergeben sich folgende Lösungsansätze für die Alltagsversorgung im ländlichen Raum:

### **Notwendige Interdisziplinarität**

Altersversorgung muss systematisch aufgestellt und die zeitliche Dynamik mitgedacht werden. Im Zusammenhang mit einem Konzept zur Alltagsversorgung muss „quer“ gedacht werden: wo könnte es Probleme, wo Synergieeffekte geben. So hängen beispielsweise Gesundheitsversorgung mit Mobilität, Ernährung und Hygiene zusammen und haben damit hauswirtschaftliche Bezüge. Eine funktionierende Alltagsversorgung für alle Lebenslagen und Lebensphasen erfordert nicht nur eine Vernetzung der genannten Akteure und Themen vor Ort, sondern sollte das Umfeld (Umlandgemeinden, Region) sowie vorhandene Daten zur Situation vor Ort einbeziehen (z.B. Konzepte für den Bedarf an Kitas, Schulen und Pflegeplätzen, Hitzeschutzkonzepte). Klar sein muss auch, dass sich die Verhältnisse vor Ort ändern und deshalb Bestandsaufnahmen immer nur eine zeitlich begrenzte Gültigkeit aufweisen. Auch dies ist ein Argument dafür, dass Konzepte zur Alltagsversorgung als Prozess möglichst unter Einbeziehung aller Beteiligten interdisziplinär und dauerhaft betrachtet werden sollen, was vielfach noch nicht geschieht.

### **Unterstützung von Kommunen**

Kommunen fühlen sich überlastet. Aufgabenzuwächse ohne finanzielle Ressourcen führen zur Überlast des Personals. Die Kommunalverwaltungen erfahren durch „Vorgaben von oben“ viele Erfordernisse zur Erfassung und Dokumentation von

Kennzahlen und Daten. Konzepte zur Alltagsversorgung sind aber nicht primär kostenintensiv, vielmehr setzen sie auf aktive Kommunikation mit den Akteuren vor Ort und deren zeitliche Bereitschaft und Möglichkeit und nutzen idealerweise die ohnehin vorhandenen Fakten bzw. Dokumentationen.

Vielfach beschwerten sich Kommunen, dass ihre Aktivitäten zur Sicherung der Alltagsversorgung an Vorgaben der Landes- oder Bundesebene scheitern. Auch wenn es für dortige Veränderungen – im Gegensatz zu Konzepten einer Alltagsversorgung vor Ort – einen langen Atem braucht, ist es doch sinnvoll immer wieder auf notwendige Änderungen hinzuweisen.

Es gilt Kommunen bei der Aufgabenwahrnehmung zur Alltagsversorgung der Bevölkerung zu unterstützen und praxisorientierte Zusammenhänge und Netzwerke zu stärken. Dies unter Einbeziehung von Bewohnerinnen und Bewohnern und ihren alltäglichen aktuellen und künftigen Bedarfen und Bedürfnissen. In der kommunalen Verwaltung herrscht häufig „Spartendenken“ vor. Die strenge Zuständigkeit beherrscht die Arbeit an den „Vorgängen“. Gemeinsam können spartenübergreifend konkrete Herausforderungen vor Ort besprochen und Lösungsansätze formuliert werden. Bürgerbeteiligung wird, wie gesetzlich verankert, durchgeführt, aber kaum darüber hinaus. Beispielsweise gibt es in Deutschland für eine Teilhabe älterer Menschen oder eine integrierte Seniorenpolitik, die verschiedene Handlungsfelder aufeinander bezieht, bislang kein rechtliches und institutionelles Fundament.

### **Nutzung von Fördermöglichkeiten**

In Niedersachsen gibt es viele Fördertöpfe zu deren Planung und Umsetzung auf kommunaler Ebene. Antragsteller müssen hierfür nicht unbedingt Kommunen sein. Oft sind Antragsteller keine Antragsprofis, die Hürden für die Antragstellung sind teilweise hoch (Umfang, Sprache, formale Gestaltung), der Frust, wenn gut funktionierende Projekte nicht verlängert werden, groß.

Präventionsstrategien sind meist nicht förderfähig. Die bürokratischen Hürden sind für ehrenamtlich Tätige oft zu hoch und es ist ausgesprochen aufwändig, die zuständigen Ministerien und nachgeordneten Stellen und dort die richtigen Ansprechpartner für in Frage kommende Förderprogramme zu finden. Stichworte sind z.B. Wohnen, Dorferneuerung, Nachbarschaftshilfe, Gesundheitsvorsorge, Integration, Pflege, Unterstützung im Alltag, Daseinsvorsorge. Die Erstellung einer entsprechenden – im Rahmen des Projekts vielfach geforderten – Übersicht von einschlägigen niedersächsischen Förderprogrammen verschiedener Ministerien war im Rahmen des Jahresprojektes der LAG HW Nds. leider nicht möglich.

### **Einbeziehung ehrenamtlichen Engagements**

Von der Verwaltung eingerichtete und akzeptierte kommunale Beiräte (z.B. für Senioren, Umweltschutz, Dorfentwicklung) könnten auf ehrenamtlicher Basis viel zur Kommunikation vor Ort beitragen und damit einen aktiven Beitrag leisten zur Erfassung von Problemen bei der Alltagsversorgung im ländlichen Raum. Sie können auf ehrenamtlicher Basis viel zur Kommunikation vor Ort beitragen und damit einen aktiven Beitrag leisten zur Alltagsversorgung im ländlichen Raum. Beispielsweise können Seniorenbeiräte konkret auf die Bedarfe und Bedürfnisse älterer Menschen vor Ort eingehen.

Solche, idealerweise demokratisch gewählte, Beiräte gehören gestärkt. Zudem gilt es auf der kommunalen Ebene Netzwerke von Wirtschafts- und Sozialpartnern aufzubauen.

**Für diese Themenfelder leitet die LAG HW Nds. auf der Grundlage ihrer Fallstudie zur Alltagsversorgung im ländlichen Raum folgende Empfehlungen für das Flächenland Niedersachsen ab:**

### **Allgemein**

- Etablierung eines ressortübergreifenden landesweiten „Runden Tisches“ (MS, MW, ML, MI, MB) zum Thema „Alltagsversorgung im ländlichen Raum“ mit klarer Aufgabenstellung und Zielsetzung.
- Einbindung externer Expertise von Wirtschafts- und Sozialpartnern zum Thema.
- Hauswirtschaft mit wichtigen Funktionen für die Alltagsversorgung im ländlichen Raum begrifflich in Förderprogramme aufnehmen.
- Zusammenstellung von Förderprogrammen der verschiedenen Ministerien und Erstellung einer entsprechenden, leicht verständlichen, Systematik zum Thema Alltagsversorgung in einer stets aktuellen auf einer im Internet abrufbaren Übersicht.
- Präventiven Beratungsbedarf als finanzierungsfähige Position in Förderprogrammen berücksichtigen.
- Niedrigschwellige Information zu Bedingungen für mögliche Verstetigungen von geförderten Projekten und Hilfestellung für eine Begleit- und Ergebnisevaluation von Projekten sowie für eine ordnungsgemäße Berichterstattung, damit Projekte (weiter) bewilligungsfähig sind.

Entsprechend der prekären Lage im Bereich Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum auch in Niedersachsen ergeben sich aus der Fallstudie der LAG HW Nds. zahlreiche Empfehlungen speziell

### **für das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung**

- Einführung eines Gutscheinmodells für ambulant hauswirtschaftliche Leistungen zur Vermeidung von Schwarzarbeit, Sicherung der Altersversorgung und der arbeitsrechtlichen Absicherung der Tätigkeiten in privaten Haushalten.
- Förderung eines Modellprojekts für eine hauswirtschaftliche Basisqualifikation für ambulant tätige Personen für ihre Tätigkeit in Haushalten mit Personen mit Hilfe-, Unterstützungs- und Pflegebedarf.
- Modellprojekt zur Prüfung von Effekten präventiver Hausbesuche.
- Gespräche mit Kranken- und Pflegekassen, damit ihre satzungsgemäßen präventiven Maßnahmen zur Gesundheitsförderung auf hauswirtschaftliche vor- und copflegerische Abläufe in privaten Haushalten (Mitglieder) ausgedehnt und finanziert werden können.
- Landesweit einheitliche Regelungen zur Finanzierung von Fahrten von ambulant tätigen (hauswirtschaftlichen) Dienstleistern.
- Verwaltungstechnische Zusammenlegung von Altenhilfeplanung und Pflegeplanung mit Gesundheits- und Daseinsvorsorge.

- Etablierung einer digitalen Zusatzqualifikation für ambulante Dienstleister.
- Digitale Ausrichtung von Abrechnungsmodi ambulanter Leistungen.
- Verankerung professioneller hauswirtschaftlicher Unterstützung in den SPNs zur Bedarfs- und Bedürfniserfassung und -strukturierung von privaten Haushalten.
- An Pflege angepasste Abrechnungspauschalen für hauswirtschaftliche Leistungen im Rahmen der Refinanzierung von ambulanten hauswirtschaftlichen Kräften.

#### **Für die Bundesebene**

- Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen/ Abrechnungsmodalitäten zwischen SGB V und XI bzw. SGB XII.
- Anpassung des Leistungskatalogs und Anhebung des Entlastungsbetrags zum längeren Verbleib in der eigenen Häuslichkeit.
- Übertragung von Entscheidungskompetenzen und Abrechnungsmöglichkeiten auf Pflegefachkräfte im ambulanten Bereich, z.B. für Pflegehilfsmittel.
- Mehr Verantwortung für Therapeuten und Pflegekräfte (Arztvorbehalt).

Die LAG HW Nds. hofft, mit diesem Konzept Anregungen zu geben für die Politik und einen Beitrag zu leisten als Hilfestellung für Kommunen und Akteure vor Ort zur möglichst gemeinsamen Erstellung von ganzheitlichen Konzepten zur Alltagsversorgung im ländlichen Raum.

Die LAG HW Nds. steht gerne für weitere Informationen, insbesondere zu hauswirtschaftlichen Aspekten der Alltagsversorgung, zur Verfügung.

## Quellen

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2016): Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse neu denken – Perspektiven und Handlungsfelder. Hannover. Positionspapier aus der ARL 108. URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-01086>

Backhaus-Maul, H.; Speth, R. (2020): Bürgerschaftliches Engagement und zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland [www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47178/buergerschaftliches-engagement-und-zivilgesellschaftliche-organisationen-in-deutschland/](http://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47178/buergerschaftliches-engagement-und-zivilgesellschaftliche-organisationen-in-deutschland/) (16.04.2024)

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.) (2015): Von Hürden und Helden. Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt, Berlin

Bertelsmann Stiftung (2024) (Hrsg.): Bevölkerungsvorausberechnung 2040 im Wegweiser Kommune. Länderbericht Niedersachsen, Gütersloh

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR); Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat (Hrsg.) (2019): Netzwerk Daseinsvorsorge, MORO Informationen Nr. 19, Selbstverlag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) (Hrsg.) (2017): Mittagstisch-Angebote für ältere Menschen erfolgreich gestalten. IN FORM Leitfaden Mittagstisch, Bonn

Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) (Hrsg.) (2024): Für ein gutes Leben im Alter. Forderungen für eine wirksame und nachhaltige Seniorenpolitik in den Bundesländern, Positionspapier, Bonn

Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) (Hrsg.) (2025): Ernährungsstrategie der Bundesregierung, Stellungnahme, Bonn

Bundesfreiwilligendienst: Ehrenamt, [www.bundesfreiwilligendienst.de/ehrenamt/](http://www.bundesfreiwilligendienst.de/ehrenamt/) (16.04.2024)

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR): Städtischer und Ländlicher Raum, [www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumb Beobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/kreise/staedtischer-laendlicher-raum/kreistypen.html](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumb Beobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/kreise/staedtischer-laendlicher-raum/kreistypen.html) (21.03.2024 und 22.04.2024)

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2015): Indikatoren zur Nahversorgung, Bonn

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-, Raumforschung (BBSR): Daseinsvorsorge, [www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/themen/gesellschaft/daseinsvorsorge/daseinsvorsorge.html](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/themen/gesellschaft/daseinsvorsorge/daseinsvorsorge.html) (24.01.2024)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2016): Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften und Stellungnahme der Bundesregierung, Berlin

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2017): Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften: Erkenntnisse und Empfehlungen des 7. Altenberichts, Broschüre, Berlin, 3. Aufl.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2025): Alt werden in Deutschland. Erkenntnisse und Empfehlungen des neunten Altenberichts der Bundesregierung. Broschüre, Berlin

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2025): Neunter Altersbericht Alt werden in Deutschland – Vielfalt der Potenziale und Ungleichheit der Teilhabechancen und Stellungnahme der Bundesregierung, Berlin

Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.) (2024): Achter Pflegebericht. Berichtszeitraum 2020 bis 2023, Berlin

Dahl, S.: Wie wohnen die Menschen in Niedersachsen. In: Statistische Monatshefte Niedersachsen, 03/2021, S. 116-125

Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft; International Federation for Home Economics (Hrsg.) (2021): Gutes Leben im Alter - Herausforderung und Chancen für die Hauswirtschaft im Quartier. Positionspapier, Rheine

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2006): Was ist Daseinsvorsorge? Historische Entwicklung, aktueller Stand, Aufgaben der Kommunen, Bedeutung des Begriffs in der aktuellen Debatte: [www.bundestag.de/resource/blob/424316/40836520741496c15613a91f113c059f/wf-iii-035-06-pdf-data.pdf](http://www.bundestag.de/resource/blob/424316/40836520741496c15613a91f113c059f/wf-iii-035-06-pdf-data.pdf) (24.01.2024)

Deutscher Hauswirtschaftsrat; Deutscher Pflegerat (Hrsg.) (2020): Anforderungen, Leistungen und Qualifikationen von Hauswirtschaft und Pflege in unterschiedlichen Settings, Berlin

Deutscher Landkreistag (Hrsg.) (2021): Handlungsfelder für eine aktivierende Alterspolitik der Landkreise, [www.landkreistag.de/images/stories/themen/Senioren/210323\\_PosPap\\_Aktivierende\\_Alterspolitik.pdf](http://www.landkreistag.de/images/stories/themen/Senioren/210323_PosPap_Aktivierende_Alterspolitik.pdf)

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.) (2024): Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. zur Umsetzung des § 71 SGB XII, Berlin

Eberhardt, W., Küpper, P., Seel, M. (2021): Dynamik der Nahversorgung in ländlichen Räumen verstehen und gestalten, Impulse für die Praxis, Thünen-Institut für Ländliche Räume, Braunschweig

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2022): Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Drucksache 14/8900 Deutscher Bundestag – 14. Wahlperiode, [www.dserver.bundestag.de/btd/14/089/1408900.pdf](http://www.dserver.bundestag.de/btd/14/089/1408900.pdf)

ExpertInnenrat der Bundesregierung (2024): 6. Stellungnahme Gesundheit & Resilienz: Krankheitsprävention bei Kindern und Jugendlichen: Lebensbezogene Ansätze zur Vorbeugung, November 2024

Hochschule Neubrandenburg (Hrsg.) (2022): Bürgergenossenschaften im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. Netzwerk Daseinsvorsorge Factsheet

Hochschule Neubrandenburg, Institut für Kooperative Regionalentwicklung (Hrsg.) (2016): ARL Positionspapier 108 „Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse neu denken: [www.hs-nb.de/ikr/transferstelle-daseinsvorsorge/informationen-aus-der-welt-der-daseinsvorsorge/daseinsvorsorge-allgemein/](http://www.hs-nb.de/ikr/transferstelle-daseinsvorsorge/informationen-aus-der-welt-der-daseinsvorsorge/daseinsvorsorge-allgemein/) (24.01.2024)

Hrbek, R., Nettesheim, M. (2002): Europäische Union und mitgliedstaatliche Daseinsvorsorge, von M. Chardon, in: Große Hüttmann, M.; Wehling, G. (Hrsg.) (2020): Das Europalexikon Bonn (3. Aufl.) [www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-europalexikon/176770/daseinsvorsorge/](http://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-europalexikon/176770/daseinsvorsorge/) (24.01.2024)

Internationales Institut für nachhaltiges Energiemanagement, Politik, Risiko und soziale Innovationen (INEP) (o.J.): Gute Dienstleistungen und gute Dienstleistungsarbeit im ländlichen Raum - Alternative Organisationsformen im Handel, in der Gesundheit und Pflege, in der Mobilität. Abschlussbericht, Oldenburg

Körper Stiftung (Hrsg.) (2022): Ageing in Place. Wohnen in der altersfreundlichen Stadt. Kommunale Strategien für die Babyboomer-Generation, Hamburg

Körper Stiftung; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): (2023) Dritte Orte. Begegnungsräume in der altersfreundlichen Stadt. Hamburg – Berlin

Küpper, P., & Milbert, A. (2020). Typen ländlicher Räume in Deutschland. In Krajewski, C.; Wiegand, C.-C. (Hrsg.), Land in Sicht: Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Marginalisierung (S. 82-97), Bonn <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-71081-9>

Küpper, P.; Mettenberger, T.; Bermes, L (2023): Pilotprojekte zur Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen. Start-ups, sozialorientiertes Unternehmertum und Fördermittel als Treiber? In: Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning (2023) 0/0: 1–15.

Landesarbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft (Hrsg.) (2022): Hauswirtschaftliches Grundlagenwissen. Information für die Senioren- und Pflegestützpunkte Niedersachsen: [www.lag-hw-nds.de/aktuelles/aktuelles-handreichung-hauswirtschaft-2022-09-08.html](http://www.lag-hw-nds.de/aktuelles/aktuelles-handreichung-hauswirtschaft-2022-09-08.html)

Landesarbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft (Hrsg.) (2023): Ambulant hauswirtschaftliche Dienstleistungen. Statement: [www.lag-hw-nds.de/aktuelles/statement-lag-2023-final.pdf](http://www.lag-hw-nds.de/aktuelles/statement-lag-2023-final.pdf)

Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V. (Hrsg.): [www.gwa-nds.de/was-ist-gemeinwesenarbeit-was-ist-quartiersmanagement](http://www.gwa-nds.de/was-ist-gemeinwesenarbeit-was-ist-quartiersmanagement) (20.03.2024)

Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e. V. Komm.Care (Hrsg.) (2025): Handlungshilfe: Angebote zur Unterstützung im Alltag in Niedersachsen, Hannover

Medizinischer Dienst Bund, GKV-Spitzenverband (Hrsg.) (2024): Präventionsbericht, Berlin

Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung des Landes Rheinland-Pfalz: Gemeindegewinn plus, [www.mastd.rlp.de/themen/soziales/gut-leben-im-alter/gemeindegewinn-plus](http://www.mastd.rlp.de/themen/soziales/gut-leben-im-alter/gemeindegewinn-plus) (25.02.2025)

Nestlé Deutschland AG: Die Nestlé Studien in der Übersicht, [www.nestle.de/unternehmen/publikationen/nestle-studie](http://www.nestle.de/unternehmen/publikationen/nestle-studie) (26.07.2024)

Netzwerk: Soziales neu gestalten (SONG) (Hrsg.) (2008) Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Themenheft 2: Gemeinsam mehr erreichen – Lokale Vernetzung und Kooperation. Bertelsmannstiftung, Gütersloh

Netzwerk: Soziales neu gestalten (SONG) (Hrsg.) (2019): SONG-Quartiersprojekte, Gemeinsame Grundlagen – Vielfalt in der Umsetzung, Meckenbeuren

Nds. Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (Hrsg.) (2021): Regionale Versorgungszentren in Niedersachsen. Leitfaden für Kommunen zur Gründung eines RVZ. Zusammenfassende Zwischenergebnisse aus den Modellprojekten, Hannover

Nowak, A. C., Kolip, P. & Razum, O. (2022): Gesundheitswissenschaften / Public Health. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.). Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden, <https://doi.org/10.17623/BZGA:Q4-i061-2.0> (16.04.2024)

Olk, T; Hartnuß, B. (Hrsg.) (2011): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement, Weinheim/Basel

Simonson, J.; Kelle, N.; Kausmann, C.; Tesch-Römer, C. (Hrsg.) (2021): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen

Stiftung Mitarbeit Bundesgeschäftsstelle (2024): Bürgergesellschaft, [www.buergergesellschaft.de/mitgestalten/grundlagen-leitlinien/begriffe/ehrenamt-und-engagement/](http://www.buergergesellschaft.de/mitgestalten/grundlagen-leitlinien/begriffe/ehrenamt-und-engagement/) (16.04.2024)

Strube-Lehmann, S. u.a. (2023): Unterstützungsbedarfe pflegeempfangender Menschen, Erhebung allgemeiner und spezieller Informations-, Hilfe und Unterstützungsbedarfe pflegeempfangender Menschen und ihrer Angehörigen. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 4/2023, S. 301 – 208.

Technische Universität München; Universität Bayreuth (Hrsg.) (2020): Alltagsversorgung im ländlichen Raum – Schlussbericht zum Projekt Stadt und Land Partnerschaften, München

Weingarten, P.; Steinführer, A. (2020): Daseinsvorsorge, gleichwertige Lebensverhältnisse und ländliche Räume im 21. Jahrhundert. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 4/2020, S. 653 – 665

Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL (2023): Ernährungsarmut unter Pandemiebedingungen. Stellungnahme. Berlin

Zapfel, S. (2015): Konzeption von Angeboten haushaltsnaher Dienstleistungen mit Schwerpunkt hauswirtschaftlicher Leistungsangebote im Rahmen ausgewählter Modellprojekte. Institut für empirische Soziologie, Nürnberg

Zentrum für Ernährung und Hauswirtschaft Niedersachsen (ZEHN): Unser Rezept für die Zukunft! Niedersachsens Ernährungsstrategie, [www.zehn-niedersachsen.de/thema/261\\_Ernahrungsstrategie](http://www.zehn-niedersachsen.de/thema/261_Ernahrungsstrategie) (26.07.2024)

Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) Fakultät Sozialwissenschaft. Ruhr Universität Bochum (Hrsg.) (2022): Nachhaltige Mobilität im Quartier. Eine Akzeptanzstudie, Bochum

Zwicker-Pelzer, R. (2013): Sorgende und umsorgende Aspekte in der Beratung von Familien im Kontext von Alter und Pflegebedürftigkeit. In: KONTEXT 44,3, S. 273 – 28.

## ANHANG: Begriffsklärung

Akteure verwenden in ihren Professionen geläufige Begriffe, die teilweise mit anderen synonym verwendet werden, teilweise einen Teil der Thematik abdecken und damit einen bestimmten Fokus haben. Es ist für eine interdisziplinäre Kommunikation wichtig, diese Begriffe zu kennen und ggf. miteinander ein einheitliches Verständnis und Wording zu finden. Zum besseren Verständnis hat die LAG HW Nds. in ihrem Projekt „Alltagsversorgung im ländlichen Raum“ Literatur ausgewertet aus den Bereichen Geografie, Landschafts- und Regionalentwicklung, Verwaltung und Politik. Wesentliche im Projektzusammenhang relevante Begriffe sind nachfolgend alphabetisch erläutert.

Der Begriff **Alltagsversorgung** ist nicht eindeutig zu definieren. Vielfach werden hier nur die sogenannten „Güter des täglichen Bedarfs“ impliziert, wozu vor allem Lebensmittel gehören. Der Begriff Alltagsversorgung ist im hauswirtschaftlichen Kontext etabliert und wird verwendet, um alle Aspekte der Gestaltung des Alltags, individuelle Bedarfe und Lebenssituationen unabhängig von einer Positionierung im ruralen oder urbanen Raum zu beschreiben. Auch die Technische Universität München nutzt diesen Begriff für ihr Forschungsprojekt mit der Universität Bayreuth „Stadt- und Landpartnerschaften“ (Technische Universität München 2020).

Angebote der Alltagsversorgung aus Perspektive der Bevölkerung sind für die Gestaltung des Alltags notwendige Dienstleistungen, Güter und Einrichtungen. Diese unterscheiden sich je nach Bedarf und Lebenssituation der betroffenen Person (Technische Universität München 2020, S. 10). Betrachtet man die möglichen Anbieter und deren Erbringer, wird gerade aus Kreisen der Politik immer wieder darauf hingewiesen, dass die Alltagsversorgung im ländlichen Raum durch Nachbarschaftshilfe oder auf ehrenamtlicher Basis gewährleistet werden kann und soll. Dies sei eine individuelle Angelegenheit und private Daseinsvorsorge.

**Daseinsvorsorge** wird auch als öffentliche Daseinsvorsorge oder gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge bezeichnet. Nach deutschem Staats- und Verfassungsrecht werden darunter wirtschafts-, gesellschafts-, sozial- oder kulturpolitische Leistungen verstanden, die mit staatlichen Mitteln erbracht werden. Allgemein werden dazu Dienstleistungsangebote gezählt, an denen ein öffentliches Interesse besteht und die strukturell geplant werden können (Einig 2008 in Technische Universität München 2020, S.10). Die Daseinsvorsorge erfasst somit Aufgaben, an deren Erfüllung ein besonderes allgemeines Interesse besteht, und deckt sich damit in weiten Teilen mit der öffentlichen Leistungsverwaltung. Ein weiteres Charakteristikum dieser gemeinwohlorientierten Dienstleistungen ist die Garantie des freien Zugangs zu ihnen in allen Regionen und zu erschwinglichen Preisen (Deutscher Bundestag 24.01.2024). Nur so lassen sich Grundbedürfnisse erfüllen sowie gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen schaffen und erhalten. (Hochschule Neubrandenburg, 2016).

Öffentliche Daseinsvorsorge umfasst u. a. Energie- und Wasserversorgung, Verkehrsleistungen, Telekommunikation, Rundfunk, Straßenreinigung sowie Abwasser- und Müllentsorgung (Hrbek, Nettessheim 2020).

In Deutschland sind die Kommunen für die Daseinsvorsorge verantwortlich. Daseinsvorsorge zur Alltagsversorgung kann aber nur im Zusammenspiel staatlicher und

kommunaler Behörden, zivilgesellschaftlicher Organisationen und privatwirtschaftlicher Unternehmen („Koproduktion“) gelingen (BBSR 24.01.2024). Privatwirtschaftliche, marktorientierte Angebote werden aber meist nicht in diesen Begriff einbezogen, obwohl für die BewohnerInnen zur Daseinsvorsorge auch diese Angebote an Gütern und Dienstleistungen essenziell sind. (Technische Universität München 2020, S. 10).

**Dritte Orte** sind Treffpunkte für die lokale Gemeinschaft – egal ob Häuser, Institutionen oder Plätze im öffentlichen Raum. Dritte Orte sind einladend, offen, kommunikativ, niedrigschwellig und gut erreichbar. Dritte Orte leben vom Engagement aller Beteiligten. Sie werden als Anlaufstellen für Bildung und Beratung, aber auch für die Alltagsversorgung und damit die Erbringung von Dienstleistungen als essenziell betrachtet (Körper Stiftung 2023).

**Ehrenamt** ist eine freiwillige, gemeinnützige Tätigkeit, die nicht auf ein Entgelt angelegt ist und üblicherweise dem Wohl der Allgemeinheit dient. Ehrenamt wird für eine bestimmte Dauer geleistet, und zwar im Normalfall unter der Federführung von Vereinen, Initiativen oder Institutionen. Ehrenamtlich Tätige erhalten kein Gehalt, sondern allenfalls eine Aufwandsentschädigung (Bundesfreiwilligendienst 16.04.2024). Andererseits bezeichnet Ehrenamt ein freiwilliges, formalisiertes, verbindliches und andauerndes Engagement durch die Übernahme eines Amtes u.a. in Verbänden und Vereinen, in politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Gremien (Stiftung Mitarbeit Bundesgeschäftsstelle 16.04.2024). Ambulant hauswirtschaftliche Dienstleistungen, nachbarschaftliche Gefälligkeiten etc. sind also nach dieser Begriffsdefinition kein Ehrenamt. Deswegen wird nachfolgend der Begriff Engagement betrachtet.

Als **freiwilliges Engagement** bezeichnet man eine freiwillig gewählte und ohne Entlohnung geleistete Arbeit im gemeinnützigen Bereich. Darunter werden individuelle Hilfe und Nachbarschaftshilfe oder institutionalisierte Tätigkeiten im Rahmen von Organisationen und Institutionen verstanden, die auch als Freiwilligenarbeit bezeichnet werden. Diese ergänzt und unterstützt bezahlte Arbeit, tritt aber nicht in Konkurrenz zu ihr (Stiftung Mitarbeit Bundesgeschäftsstelle 16.04.2024). Teilweise wird freiwilliges Engagement auch synonym bezeichnet als bürgerschaftliches Engagement (Bericht der Enquete-Kommission 2022; Simonson et al 2021; Stiftung Mitarbeit Bundesgeschäftsstelle 16.04.2024). Danach ist bürgerschaftliches Engagement ein freiwilliges Engagement, das in Abgrenzung zum Ehrenamt die Selbstbestimmung des Engagements von BürgerInnen hervorhebt (Olk, Hartnuß 2011; Backhaus-Maul, Speth 2020). Unentgeltlich erbrachte ambulant hauswirtschaftliche Dienstleistungen sind nach dieser – für das Projekt „Alltagsversorgung im ländlichen Raum“ geteilten – Begriffsauffassung also kein Ehrenamt, sondern eine Form freiwilligen Engagements. Sie ergänzen privatwirtschaftliche und staatliche Angebote zur Daseinsvorsorge.

**Gemeinwesenarbeit** ist ein Konzept der Sozialen Arbeit, das Orientierung für die professionelle Arbeit im Gemeinwesen bietet und einen wesentlichen Beitrag für die bedarfsgerechte Umsetzung sozial- und kommunalpolitischer Aufgaben und zur Sicherung demokratischer Verhältnisse leistet. Gemeinwesenarbeit als professionelles Handeln richtet sich grundsätzlich an alle BewohnerInnen eines Gebietes in deren

Lebenszusammenhängen und ist – im Gegensatz z.B. zu Bürgerinitiativen und ehrenamtlichem Engagement – eine Tätigkeit von professionellen, dafür bezahlten Fachkräften (LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V. 20.03.2024). Ziel der Gemeinwesenarbeit ist die Verbesserung von materiellen (z.B. Wohnraum, Existenzsicherung), infrastrukturellen (z.B. Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten, Grünflächen) und immateriellen (z.B. Qualität sozialer Beziehungen, Partizipation, Kultur) Bedingungen unter maßgeblicher Einbeziehung der Betroffenen (LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V. 20.03.2024). Hauswirtschaft als Bestandteil einer Alltagsversorgung im ländlichen Raum hat also viele Bezugspunkte zur Gemeinwesenarbeit.

Der Begriff **Ländlicher Raum** wird in der Fachwelt fast durchweg im Plural verwendet, um auf die Unterschiedlichkeit der ländlichen Räume hinzuweisen.

Im 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts entstand das Bild von einem ländlichen Raum, der sich hinsichtlich seiner Siedlungs-, Wirtschafts- und Sozialstruktur klar vom städtischen Raum abgrenzen ließ und als relativ homogen galt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden im Zug der Urbanisierung ländliche Räume als rückständig abgewertet. Die Spezialisierung und Heterogenisierung der Regionen führte aber zu einer Vielfalt ländlicher Räume. Nach der 2016 entwickelten sogenannten „Thünen-Typologie“ werden verschiedene Typen von ländlichen Räumen bestimmt, die neben der Größe auch die sozioökonomische Lage berücksichtigen (Küpper, Milbert 2020): Demnach sinkt die Ländlichkeit mit der Zunahme der Siedlungsdichte, dem Bevölkerungspotential und der Erreichbarkeit großer Zentren; sie steigt mit dem Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern und dem Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Fläche. Die sogenannte „Thünen-Typen“ unterscheiden entsprechend vier Kategorien des ländlichen Raums:

- Eher ländlich und gute sozioökonomische Lage,
- Eher ländlich und weniger gute sozioökonomische Lage,
- Sehr ländlich und gute sozioökonomische Lage,
- Sehr ländlich und weniger gute sozioökonomische Lage.

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (21.03.2024 und 22.04.2024) legt dagegen eine verwaltungstechnische Definition fest: Alle kreisfreien Großstädte sowie die städtischen Kreise bilden den Städtischen Raum, alle ländlichen Kreise bilden den Ländlichen Raum. So gibt es z.B. den Städtetag und den Städte- und Gemeindebund für den ländlichen Raum auf Landesebene. Unterschieden werden:

- Kreisfreie Großstädte: Kreisfreie Städte mit mind. 100.000 Einwohnern
- Städtische Kreise: Kreise mit einem Bevölkerungsanteil in Groß- und Mittelstädten von mind. 50% und eine Einwohnerdichte von mind. 150 E./km<sup>2</sup>; sowie Kreise mit einer Einwohnerdichte ohne Groß- und Mittelstädte von mind. 150 E./km<sup>2</sup>
- Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen: Kreise mit einem Bevölkerungsanteil in Groß- und Mittelstädten von mind. 50%, aber einer Einwohnerdichte unter 150 E./km<sup>2</sup>, sowie Kreise mit einem Bevölkerungsanteil in Groß- und Mittelstädten unter 50% mit einer Einwohnerdichte ohne Groß- und Mittelstädte von mind. 100 E./km<sup>2</sup>
- Dünn besiedelte ländliche Kreise: Kreise mit einem Bevölkerungsanteil in Groß- und Mittelstädten unter 50% und Einwohnerdichte ohne Groß- und Mittelstädte

Meist verständigt man sich auf den Minimalkonsens, dass ländliche Räume weniger verdichtet und stärker durch kleinere Städte und Siedlungen geprägt sind. Aus Sicht der Bevölkerung ist die Erreichbarkeit bzw. die Entfernung von Angeboten immer wieder als Kriterium eines ländlichen Raumes diskutiert (z.B. 500, 1000 oder 1500 m Entfernung (Eberhardt, Küpper, Seel, 2021; BBSR 2015) und es wird auf die persönliche soziale Zuordnung zu unterschiedlichen „Nachbarn“ (sog. „Erster Nachbar“) oder nächsten Orten hingewiesen.

Für das Projekt der LAG HW Nds. „Konzept zur Sicherung der Alltagsversorgung im ländlichen Raum 2024“ zeigte sich für die Gespräche zum gegenseitigen Verständnis die Kenntnis aller recherchierten Begriffsdefinitionen als relevant, aber unnötig für eine genaue Definition im Projekt selbst. Es wurde den Antwortenden in der Online-Befragung überlassen, ob sie für sich selbst ihren Wohnstandort als „ländlichen Raum“ begreifen.

Unter **Mittagstisch** versteht man ein organisiertes Angebot von abwechslungsreichen und möglichst ausgewogenen Mahlzeiten an einem festen zentralen und neutralen Ort. Das meist institutionell organisierte Angebot soll Menschen (z.B. Alleinlebende, SeniorInnen) im ländlichen Raum oder Quartier erreichen, ihre Teilhabe und damit ihre körperliche und geistige Leistungsfähigkeit fördern. Oft sind diese Angebote begleitet von Fahrdiensten und Betreuungsaktivitäten zum sozialen Miteinander. Demgegenüber spricht man von einem Mahlzeitenangebot für Angebote z.B. in Gastronomie, Betriebskantinen, an Imbissständen oder im Einzelhandel, die von den Nutzern/Gästen individuell in Anspruch genommen werden. (BAGSO 2017, S. 11).

**Nahversorgung** wird als Begriff im Zusammenhang mit einer Alltagsversorgung teilweise synonym mit Alltagsversorgung, meist speziell mit Fokus auf den ländlichen Raum definiert, da er die Entfernung (bis zu 1000 m) als wesentliches Kriterium festlegt. Nahversorgung bezeichnet demnach die zeit- und ortsnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs (BBSR 2015). Zum täglichen Bedarf gehören Lebensmittel, Getränke, Genusswaren und Drogerieprodukte, d. h. all die Dinge, die üblicherweise in Lebensmittelgeschäften oder Drogerien verkauft werden (Eberhardt, Küpper, Seel 2021, S. 1). Im erweiterten Sinne kommen weitere private und öffentliche Dienstleistungen hinzu. Welche dies sind, dürfte je nach Bedarf und Lebenssituation von jedem Menschen unterschiedlich bewertet werden (BBSR, 2015).

**Public Health** bezeichnet ein interdisziplinäres Forschungsfeld mit dem Ziel der Gesunderhaltung der Bevölkerung. Dazu werden die Entwicklung von Gesundheit und Krankheit, die Determinanten von Gesundheit, sowie systembedingte Faktoren mit unterschiedlichen Methoden systematisch erfasst und (organisierte) Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention unter besonderer Berücksichtigung von Aspekten sozialer Ungleichheit entwickelt und angewendet. Public Health ist ein interdisziplinäres Forschungsfeld, in dem die Entstehung von Gesundheit und Krankheit in der Bevölkerung, sowie die Bedarfsgerechtigkeit und Effizienz der Strukturen des Gesundheitssystems systematisch betrachtet werden (Nowak et al 2022). Beispielsweise beim Thema Hygienesicherung im Haushalt und Ernährungssicherung der Bevölkerung ergeben sich Schnittmengen mit Hauswirtschaft.